

sagt der „Botsch.“, so könnte man einigermaßen erschrecken über den schwersälligen Gang der Geschäfte im Abgeordnetenhaus. Mehr als fünf Monate der Session sind bereits abgelaufen und noch ist nicht einmal das Budget von Seite des Abgeordnetenhauses votirt. Am 14. November wurde der Reichsrath von Sr. Majestät eröffnet, am 17. November legte der Finanzminister denselben das Budget vor, welches sich also seit fünf Monaten und einer Woche in den Händen der Abgeordneten befindet. Auf den ersten Blick muß es auffallen, welches außerordentliche Missverhältniß zwischen Zeit und bewältigtem Arbeitsmateriale liegt. Daz ein Parlament innerhalb fünf Monaten ein Budget, und wäre es noch so komplizirt, nicht erledigen könnte, wird Niemand behaupten wollen. Ja, die Sessionen der Parlamente fast aller Grossstaaten dauern nicht mehr als fünf bis sechs Monate; das englische Parlament, das Musterbild für festländische Parlamente, tagt in der Regel von Anfang Februar bis Anfang August, also ebenfalls nur sechs Monate. Und während dieser Zeit stellen diese Parlamente nicht bloß den Staatsvoranschlag fest, sondern erledigen noch eine Menge anderer, höchst wichtiger legislatorischer Arbeiten. Anders macht es unser Abgeordnetenhaus. Vermöge der eigenhümlichen Verfassungsverhältnisse der Monarchie ist der Gesamtreichsrath auf die wichtigste Thätigkeitssphäre beschränkt, nämlich auf die Berathung von Finanz-, Handels- und Zollangelegenheiten; die Prüfung des Budgets ist seine jährliche Hauptaufgabe. Nach dieser Thätigkeitseintheilung müßte man glauben, der Reichsrath, da er nicht mit anderen Arbeiten überhäuft ist, könnte um so rascher mit der Budgetprüfung zu Ende kommen. Indessen ist es mit solchen theoretischen Schlusfolgerungen in der Praxis oft schlecht genug bestellt. In der That hat das Abgeordnetenhaus, oder vielleicht richtiger der von ihm eingesetzte omnipotente Finanzausschuß in dieser Session bisher nach dem Grundsache gehandelt, je weniger Anderes zu thun ist, desto mehr Zeit können wir auf das Budget verwenden. Und so kommt es, daß man noch wird von Glück sagen können, wenn der eine Faktor der Gesetzbgebung den Staatsvoranschlag in sechs Monaten, nachdem er ihm empfangen, festgestellt haben wird!

Ist schon unter allen Umständen eine so in das Breite gespannene Budgetverhandlung eine unpraktikable Sache, so muß sie gerade in diesem Jahre als sehr mißlich bezeichnet werden, und es tritt die dringende Notwendigkeit an den Reichsrath und beziehungsweise an das Abgeordnetenhaus heran, für die noch zu bewältigenden Arbeiten eine konztere Behandlungssart zu wählen.

Vom Suezkanal.

Cairo, 16. April.

Die von der Besichtigung des Suezkanals — wenn man diesen Ausdruck antizipiren darf — zurückgekehrten Abgeordneten sind alle des Lobes voll über die liebenswürdige und zuvorkommende Aufnahme, welche ihnen der Schöpfer des großen Unternehmens, Herr vor Lisseps, zu Theil werden ließ. Er war überall der erste am Platz, um zu empfangen, anzuordnen, zu organisieren und zu leiten, und ließ es den fremden Gästen, unter denen sich auch eine Dame, eine Amerikanerin, befand, an nichts mangeln. Kein Mißton störte die (von einem Meer zum andern in 25—27 Stunden zurückgelegte) Fahrt; denn ein paar mißglückte Toaste, der in der Geburt erstickte Vorstellung des Vertreters von Livorno und Pisa, Baron Levi, Herrn von Lisseps bei lebendigem Leibe eine Statue zu errichten, das unfreiwillige Bad, welches der griechische Generalkonsul, Herr Zygomalas, im Kanale nahm, das il n'y a rien à discuter des Herrn Piazz, Vertreters von Catania und Reggio, die Weigerung der italienischen Abgeordneten (unter denen eine national-ökonomische Notabilität ersten Ranges, Professor Boccardo von Genna, hervorragte), sich an der Sammlung für die Marienkirche auf dem Isthmus zu beteiligen, dies und Aehnliches sind kaum erwähnenswerthe Episoden und bieten höchstens levantinischer Klatschsucht willkommenen Stoff. Weniger Einstimigkeit als über die persönlichen Eigenschaften des Herrn von Lisseps herrscht jedoch über das Gesammtresultat der Untersuchung, den praktischen Werth des auf der Landenge bereits Geleisteten und die Aussichten für die Zukunft. Zwar hat ein Abgeordneter von Marseille Herrn von Lisseps als einen „Mitarbeiter Gottes“ gepriesen, der Kontinente umgestalte — wogegen freilich seine eingefleischten Gegner hier und in Alexandrien ihn eher mit Law vergleichen und sein Unternehmen als eine riesige Mystifikation bezeichnen — und er selbst hat den Sieg über seine Widersacher, die er Ennuchen nannte, welche wollen und nicht können, als unfehlbar gewiß in Aussicht gestellt; es fehlt jedoch nicht an älter und nüchterner urtheilenden Beobachtern, welche zwar zugeben, daß die Hälfte der ganzen Arbeit gethan sei, aber die wirkliche Vollendung des maritimen Kanals noch

immer für lange Zeit erfordernd halten. Namentlich wird die Abschaffung der Fröhnarbeit als ein großes Hinderniß hervorgehoben; Baggermaschinen müssen jetzt die Handarbeit ersetzen, und was sie an Anschaffungskapital kosten, wird an den Löhnen gespart werden. Die Fellahs freilich bekamen nur einen Franken, die freien Arbeiter jedoch mußten mit vier, selbst mit sechs Franken per Tag gezahlt werden, und riskirten des Klimas wegen immer noch ihre Gesundheit. Zeit und Geld können die Hindernisse jedoch bewältigen, wenn keine neuen politischen Verwicklungen in den Weg treten, und sollten auch, wie ein unter den Abgeordneten befindlicher italienischer Ingenieur behauptet, wenigstens zehn Jahre darüber vergehen. Das schon Geleistete bleibt jedenfalls bewundernswert und — in magnis voluisse sat est. Ueber den geringen praktischen Nutzen für Handel und Verkehr, welcher aus der mittelst des Suezwasserkanals eröffneten Wasserverbindung zwischen beiden Meeren hervorgehen wird, ist man ziemlich einig; abgesehen von dem bisweilen an totalen Wassermangel grenzenden niedrigen Wasserstand ist es gar nicht anzunehmen, daß die aus Ostindien in Suez ankommenden Schiffe ihre Güter ausladen werden (selbst wenn dies immer möglich wäre), um sie in kleinen Quantitäten auf die Barken des Suezwasserkanals, dann in Ismailia neuerdings auf den großen Kanal von El-Giusr bis Port-Said und in letzteren Hafen endlich wieder auf die Seeschiffe des Mittelmeeres umzuladen. Bis zur Eröffnung des großen Kanals, von dem man sich einen 50% wohlfleieren und natürlich viel bequemeren Transport verspricht, als ihn die Eisenbahn bietet, wird also letztere, sowie der Weg um das Cap keine Konkurrenz zu befürchten haben. Eine interessante Episode spielte sich ab, als der Sekretär der Marseiller Handelskammer, welcher überhaupt als eine Art Trompete benutzt zu werden schien, ein Telegramm von Port Said aus „nach Europa“ abzusenden vorschlug, des Inhalts etwa, „die Delegirten haben die Fahrt auf dem Kanal vom Mittel nach dem rothen Meere in 27 Stunden zurückgelegt.“ Mehrere Abgeordnete wollten von einer solchen Depeche nichts wissen, und sie überzeugten schließlich alle anderen, daß sie nicht dazu da sein, auf die Pariser Börse zu wirken und den Cours der Suezkanalaktien indirekt treiben zu helfen. Die Abgeordneten aus Desterreich, welcher Staat zwar recht gut, aber leider nur schwach vertreten war, haben sich überzeugt, daß zwar schon mancherlei Artikel der heimischen Industrie hier Absatz finden, daß aber für dieselbe noch ein weites Feld zu erobern und zu behaupten ist. Um ausgedehntere Erfolge zu erringen, ist jedoch solide und reelle Bedienung der Abnehmer, in welcher Beziehung noch Vieles zu wünschen übrig bleibt, die erste Bedingung. Die im Juhlande an manchen Stellen noch herrschende Ansicht, als ob die Haupthandlung an den Konsulaten läge, wenn die österr. Industrie im Auslande noch nicht den gebührenden Rang einnimmt, ist ein Überglauke, dessen man sich so bald wie möglich entledigen sollte. Wie kann namentlich in der Levante ein Konsul, der mit politischen, Rechts- und anderen Geschäften überhäuft ist und dessen Vorbildung keine kommerzielle war, für die heimischen Kaufleute und Industriellen den Agenten machen, noch dazu, wenn dieselben unter einander konkurrieren? Ersetzt man ihn aber durch einen Kaufmann, oder stellt man ihm einen solchen an die Seite, so wird dieser zunächst sein eigenes Interesse ins Auge fassen, und man kann von ihm nicht erwarten, daß er die Selbstverlängerung besitze, einträgliche Geschäfte für Andere einzuleiten, dabei aber für sich leer auszugehen.

(Dr. Btg.)

47. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 25. April.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecserh, Lasser, Plener, Hein, Burger; Sectionschef Falchberg; Ministerialrath Festenel (Finanzministerium.)

Nach Verlesung des Protokolls wird eine Zuschrift des Staatsministeriums vom 20. d. M. mitgetheilt, mit welcher die nachträgliche Einstellung von 80.000 fl. in das Budget verlangt wird, welche in Folge allerhöchster Entschließung zur Abhilfe des Nothstandes in Galizien verwendet werden.

Der Leiter des Handelsministeriums legt mittelst einer Zuschrift den Gesetzentwurf betreffend die Concessionierung einer Bahn von Braunau nach Neumarkt zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Es werden die eingelaufenen Petitionen vorgelesen, kommt ein vom Abg. Schindler eingebrachter Dringlichkeitsantrag zur Verlesung, durch welchen eine Änderung der Geschäftsordnung begeht wird. Der Antrag, lautend: „Das hohe Haus wolle beschließen, bei den Verhandlungen des Ausschusses über die Regierungsvorlage betreffend den Zolltarif können alle Mitglieder des Hauses anwesend sein,“ wird als dringlich anerkannt und nach einer kurzen Begründung des Antragstellers fast einstimmig angenommen.

Abg. Doblhoff gibt als Obmann des Zollausschusses im Namen desselben die Erklärung: der selbe habe beschlossen, insolange nicht auf die nähere Berathung des Zolltarifes eingehen zu können, insolange die Regierung nicht den mit Preußen abgeschlossenen Vertrag vorgelegt haben werde, da dieser offenbar auf den Tarif selbst von bedeutendem Einfluß sei. Er gebe diese Erklärung ab, damit den Ausschuß nicht der Vorwurf der Sammelfigheit treffe.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist die Wahl von Schriftführern. Die Wahlzettel werden abgegeben; das Scrutinum wird von dem Bureau des Hauses vorgenommen werden.

Zweiter Gegenstand ist die Fortsetzung der Berathung über den Voranschlag des Finanzministeriums.

Abg. Wurzbach berichtet über Kapitel 22: „Direkte Steuern.“

In der Generaldebatte ergreift

Abg. Ernst Schneider das Wort. Er weist auf die drückende Last der Steuern hin, und fragt, warum man nicht zu dem Mittel des Schuldenmachens greife, um diese Last erleichtern zu können. Man nehme keinen Anstand, Anlehen zu kontrahieren, um Eisenbahnen zu bauen, Nothstände einzelner Provinzen zu mildern etc. Warum greife man nicht zu demselben Mittel, um den allgemeinen Nothstand zu mildern? Auf diese Weise könnte man die Steuerlast erleichtern und bessere Zeiten abwarten. Man könnte den Einwurf machen, daß ruinire den Kredit des Staates, aber nicht Alles, was durch die Steuerherabsetzung für das Aerar verloren geht, sei auch wirklich verloren. Durch die Steuererleichterung mühren sich die Werthe der Steuerträger. Namentlich für die Grundsteuer sei eine Herabsetzung dringend geboten. Er sehe wohl ein, daß seine Rede für heuer zwecklos sei, aber er bitte sowohl die Regierung als den Ausschuß, für 1866 das zu berücksichtigen.

Abg. Riese-Stallburg spricht für die Ausschusse anträge. Er spricht von den Verhältnissen der Land- und Forstwirtschaft und der Einwirkung der Steuer auf dieselben. Er verlangt den Schutz der Regierung für die Landwirtschaft, denn nur durch diesen könne sie einer gedeihlichen Entwicklung zugeführt werden. Er fürchtet, daß die für die Einkommensteuer präliminirte Summe nicht erreicht werden dürfe, da die Fabrikation und der Handel durch die Besteuerungsart und die Zölle sehr gedrückt seien. Er zeigt das an einzelnen Industriezweigen.

Finanzminister v. Plener weist darauf hin, daß auch die Regierung die Reform der direkten Besteuerung als nothwendig erkannte und sich daher bestellt habe, die betreffenden Vorlagen in das Haus einzubringen. Was die Steuerstückstände betrifft, auf deren Höhe wiederholt hingewiesen wurde, wollte er nur bemerken, daß von den Rückständen, welche für 1864 sich mit 24 Millionen bezifferten, 17 Millionen auf die Länder der ungarischen Krone fallen, welcher Rückstand in der Ungnug der dortigen Verhältnisse allein seinen Grund finde. Die übrigen Kronländer bleiben nur mit 7 Millionen im Rückstande, einer Ziffer, die keine außerordentliche Höhe und aus welcher sich durchaus nicht eine durch die Steuer hervorgerufene Nothlage deduzieren lasse.

Es wird zur Spezialdebatte geschritten.

Die ordentlichen Einnahmen der direkten Steuern für 1865:

1. An Grundsteuer	62,216.200 fl.
2. " Gebäudefsteuer	20,422.000 "
3. " Erwerbsteuer	5,860.200 "
4. " Personal-erwerbsteuer	5,145.000 "
5. " Einkommensteuer	16,661.700 "
6. " Erbsteuer	21.300 "

Zusammen 110,326.400 fl.

nach Abzug des Durchschnittsbeitrages der Nachlässe und Abschreibungen pr. 1,993.059 "

im Restbetrag pr. 108,333.341 fl.

werden ohne Debatte eingestellt.

Der Antrag auf Fortdauer der durch das Finanzgesetz pro 1864 genehmigten außerordentlichen Erhöhung der direkten Steuern wird angenommen. Die Ziffer dieser Einnahme wird mit 16,278.357 fl. eingestellt.

Das Erforderniß dieses Kapitels wird in 4 Teile zusammen mit 185.520 fl. Ordinarium, 233.631 fl. Extraordinarium, zusammen mit 419.151 fl. bewilligt.

Der Ausschuß stellt ferner den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen: „Die hohe Regierung wird aufgefordert, dem Reichsrath ein Gesetz vorzulegen, wodurch die Stadt Triest sammt Gebiet vom 1. Jänner 1866 in das allgemeine System der direkten Besteuerung einbezogen wird.“

Abg. Conti will das Haus überzeugen, daß Triest nicht das Schöpfkind der Regierung sei. Er führt ziffermäßig an, wie viel Triest an Steuern zahle, um zu zeigen, daß es sich keiner besondern Begünstigung, erfreue. Der gegenwärtige Stillsstand der Geschäfte welcher Triest schwer treffe, sei übrigens nicht

der geeignete Moment zu einer Erhöhung der Steuer. Redner gibt einige faktische Aufklärungen über das Verhältniß der Aversalsummen, welche Triest als Haushaftungssteuer und als Verzehrungssteuer zahle. Triest zahle mehr als 3 Millionen indirekte Steuern, was auch einige Berücksichtigung verdiene. Es müsse auch berücksichtigt werden, was Triest für die Beschaffung von Kasernen und andern Gebäuden für das Militärära, ferner für die Erhaltung der Polizei ausgebe. Die Polizei-Arrestanten werden vollständig von der Stadt erhalten. Auch für die Schulen thue Triest sehr viel. Es erhalte ein Gymnasium auf eigene Kosten, es habe eine nautische Akademie gegründet und sie zu erhalten. Auch Wohltätigkeits-Anstalten fallen der Stadt zur Last, welche auch den Nachbarprovinzen zu Gute kommen. Für diese Anstalten zahle Triest jährlich 95.000 fl. Er ersucht das Haus, der Resolution nicht beizustimmen.

Abg. Breitl. unterstützt den Ausschusstantrag. Derselbe bezwecke eben nichts als die Herstellung des gemeinen Rechtes. Es sei ein Grundsatz, daß alle Theile des Reiches gleichmäßig zu den allgemeinen Lasten beitragen sollen. Triest zahle an Haushaftungssteuer um ein ganzes Drittel weniger als die übrigen Länder. Dazu kommen noch, daß in andern Städten die Kommunal- und Landeszuschläge dazu kommen, welche in Triest wegfallen, wo diese in dem Aversum einbegriffen sind. Triest möge sich auf ein 100 Jahre altes Privilegium nicht berufen, auch andere Städte und Stände hätten Privilegien gehabt, auf welche sie verzichteten und welche zu reklamiren ihnen nicht einfalle. Alles, was der Herr Vorredner über Einquartierungskosten, Wohltätigkeits-Anstalten etc. sagte, sei eben nichts anderes, als was man in allen Ländern finde, und das treffe Triest nicht als Stadt, sondern als Land. Uebrigens genieße Triest noch ein Privilegium, nämlich das des Freihandels, welches so werthvoll ist, daß eher eine Erhöhung der Steuer gerechtfertigt wäre, da durch diesen dem Staate namhafte Einnahmen entgehen.

Nach einer Replik des Abg. Conti, in welcher er darauf hinweist, daß Triest auch einen Kommunalzuschlag von 6% zahle, und weiter bemerkt, es habe übrigens mit den Häusern dort eine eigene Bewandtniß, denn jeder Kaufmann habe sein eigenes Haus, welches in das Betriebskapital einbezogen und daher schon einmal besteuert ist, wird zur Abstimmung geschritten und der Ausschusstantrag angenommen.

Abg. Bachofen referirt über das Kapital „Verzehrungssteuer“.

Es wird die Einstellung folgender Einnahmen ohne Debatte genehmigt:

1) Branntweinstuer	16,000,000 fl.
2) Wein- und Moststeuer	6,000,000 "
3) Biersteuer	16,900,000 "
4) Fleisch- und Schlachtsteuer	5,520,000 "
5) Zuckersteuer	7,800,000 "
6) Verzehrungssteuer von sonstigen Gegenständen und Pachtungen	5,000,000 "
8) andere Einnahmen	153,000 "

Das Erforderniß dieses Kapitals wird mit 2,046.000 fl. ohne Debatte genehmigt.

Abg. Szabotski referirt über das Kapitel „Zoll.“ Die Roheinnahmen werden mit 15 Millionen, das Erforderniß mit 1,632.380 fl. als Ordinarium und 91.000 fl. als Extraordinarium eingestellt.

Abg. Stummer berichtet über das „Tabakgefälle“.

Die Bruttoeinnahme wird mit 58,371.890 fl., das Erforderniß mit 29,229.366 fl. genehmigt.

Abg. Kirchmayer referirt über das „Salzgefälle.“

Das Erforderniß wird mit 6,533.163 fl., die Einnahme mit 39.983 fl. genehmigt.

Abg. Simonovicz referirt über die Kapitel „Stempel, Taxen und Gebühren von Rechtsgeschäften.“

Das Erträgniß des Stempelgefäßes wird mit 17,150.000 fl., das Erforderniß mit 340.885 fl. eingestellt.

Das Erträgniß des Taxgefäßes wird a) bezüglich der Taxen mit 900.000 fl., b) bezüglich der Gebühren von Rechtsgeschäften mit 27,700.000 fl., das Erforderniß dieses Kapitels mit 850.149 fl. genehmigt.

Abg. Kuziemski referirt über das „Lottogefälle.“

Die Bedeckung wird mit 18,295.000 fl., das Erforderniß mit 11,579.000 fl. eingestellt.

Abg. Ingrau referirt über „Manthen.“

Der Ausschuß beantragt die Einnahmen mit 3,338.126 fl., die Ausgaben mit 31.487 fl. einzustellen (angenommen).

„Punzierung und Zimentierung“ (derselbe Berichterstatter) wird mit 93.931 fl. in die Bedeckung und 24.688 fl. in das Erforderniß eingestellt.

„Vereinte Gebühren im lomb.-venet. Königreiche“, Berichterstatter Hagenauer, Bedeckung 134.000 fl., Erforderniß 19.000 fl. (ohne Debatte angenommen.)

„Staatsgüter“, Berichterstatter Abg. Eichhoff:

Die sechs Titel dieses Kapitels werden ohne Debatte angenommen, und 5,107.420 fl. als Bedeckung und 3,926.884 fl. als Erforderniß eingestellt. — Es wird ferner beschlossen, die Regierung aufzufordern, mit dem nächsten Voranschlag einen genauen Nachweis des Ertrag jedes einzelnen Staatsgutes und Staatsforstes vorzulegen.

„Staatsforste“ (derselbe Berichterstatter). Die einzelnen Titel werden angenommen und 10,803.539 fl. als Bedeckung und 8,653.226 fl. als Erforderniß eingestellt.

Abg. Tachet referirt über das aus dem Titel der „Konfiskation in der Verwaltung des Staats befindliche Vermögen.“ Die Bedeckung wird mit 525.132 fl., das Erforderniß mit 364.710 fl. eingestellt.

„Aerialsfabriken.“ Berichterstatter Steffens.

Einnahmen Ausgaben

1. Staatsdruckerei in Wien	459.466 fl. 498.100 fl.
2. " Lemberg	94.730 fl. 84.689 fl.
3. " Temeswar	10.170 fl. 9.540 fl.
4. Papierfabrik in Schloßmühl	699.800 fl. 612.424 fl.
5. Porzellanfabrik in Wien	160.315 fl. 92.436 fl.

werden ohne Debatte angenommen, ferner beschlossen: Die Regierung aufzufordern, 1. die Brodbäckerei in Schloßmühl aufzulassen; 2. bei dem Jahresschluß in Schloßmühl eine kaufmännische Bilanz einzuführen.

„Bergwesen“ (derselbe Berichterstatter) wird mit 27,951.272 fl. in die Bedeckung und mit 26,546.485 fl. in das Erforderniß eingestellt.

Es wird ferner beschlossen, die Regierung aufzufordern: dieselbe möge wegen nachträglicher Hereinbringung der beim Bergwerk Agordo zum Bau einer Brücke über den Cordevole zu verausgabenden Summe von 15.000 fl. mit den konkurrenzpflichtigen Gemeinden eine Konkurrenzverhandlung einleiten; — ferner von dem in der 2. Session gefassten Beschlusse, die Auflösung des Goldbergwerkes in Mauris betreffend, nicht abzugehen; — endlich, die Regierung aufzufordern, die möglichst rasche Abarbeitung der vorhandenen bereits geförderten Erze mit Ausnahme der Eisenerze und jede thunliche Beförderung der Veräußerung der Berg- und Mittelwerke, der dazu bisher gewidmeten Wälder, und der dabei befindlichen Bergwerksprodukte mit Ausnahme der Edelmetallbergbaue zu veranlassen und hiedurch das im Bergwesen ruhende Kapital entsprechend zu beschränken.

Abg. Deichmann vertheidigt sich gegen ein Präjudiz aus der vom Finanzausschusse beantragten Resolution, da er jedenfalls seinerzeit gegen den Verlauf des Bergwerkes Idria das Wort ergreifen müßte.

Abg. Deutsch referirt über das „Münzwesen“ Die Einnahmen werden mit 25,598.878 fl., die Ausgaben mit 25,653.409 fl. genehmigt.

Abg. Breitl. referirt über die Einnahme aus der Veräußerung vom Staatseigenthum. — Der Antrag auf Einstellung dieser mit 33,806.270 fl. wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Berathung des Etats des „Handelsministeriums“. (Aus der Ministerbank erscheint Hofrat Malz). — Berichterstatter: Dobhoff. — In der Generaldebatte ergreift Niemand das Wort, weshalb sogleich zur Spezialdebatte geschritten wird.

Titel 1. Zentralleitung wird mit 206.802 fl. Ordinarien; 18.00 fl. als Extraordinarium beantragt.

Sektionschef Freih. v. Kalsberg wendet sich gegen die von dem Ausschuß beantragten Abstriche. Er weist auf die allgemeinen Klagen über die manchmalige Agrikultur- und Industriestatistik hin, weshalb er diesen besondere Aufmerksamkeit schenken wollte. Der Ausschuß habe die dazu präliminirten Kräfte gestrichen, was die Ausführung unmöglich mache. Der Ausschuß habe ferner den zu technischen Vorarbeiten in Eisenbahnangelegenheiten begehrten Credit von 200.000 fl. gestrichen. Daß das Ministerium Eisenbahnbauten in präziser Weise fördern wolle, als es bisher geschehen, habe er durch die im Vorjahr veröffentlichte Denkschrift bekannt gegeben. Es sei eine Unkonvenienz, wenn man immer nur Konzessionen zu Vorarbeiten gebe und von den vorsätzlichen Unternehmern, welche die Vorarbeiten auf eigene Kosten ausgeführt, dann hören müsse, es sei nicht billig, daß sie bei der Konzessionsvertheilung übergangen werden. Es sei dann nothwendig, diese Vorarbeiten einer neuen Revision zu unterziehen, was aber neue Auslagen verursacht. Deshalb halte das Ministerium für vortheilhafter, wenn die Tracirungsarbeiten unmittelbar von der Regierung ausgehen. Sie wolle auch die in dieser Richtung bereits fertigen Arbeiten ankaufen. Sie kann dabei keinen Verlust erleiden, weil sie dafür Vergütungen von den Konzessionären verlangen könne. Redner erklärt, daß diese Posten für heuer auf 50.000 fl. reduziert werden können, bei vollständiger Streichung würde aber die Tätigkeit des Ministeriums in diesem Zweige ganz gelähmt. Schließlich beantragt Redner, den von dem Ausschusse in der Höhe von 215.656 fl. beantragten Abstrich nur mit 156.000 fl. anzunehmen.

Abg. Herbst will es dem Berichterstatter überlassen, die Abstriche zu vertreten und konstatirt nur,

das die bezüglichen Verhandlungen in Abwesenheit des Regierungsvertreters geflogen, weil kein Vertreter trotz der Einladung erschien war. Redner vertheidigt nur einen Abstrich, nämlich den von 3526 fl. als die Bezüge der bei der Redaktion des Zentralanzeigers verwendeten Personen. Es beruhe dieß auf dem Grundsatz, daß, wenn ein Beamter in andere Verwendung tritt, seine Bezüge nicht in dem Status, dem er früher angehörte, angeführt werden dürfen. Redner bespricht die Kosten des Zentralanzeigers und sagt, daß derselbe mit 1700 fl. passiv, eine Ziffer, die umso weniger gerechtfertigt sei, als diesem Blatte viele Vortheile, z. B. die Firmaprokollirungen, zu gewendet würden.

Sektionschef Freih. v. Kalsberg zeigt, daß die dort in Verwendung stehenden Beamten, nebst den Redaktionsarbeiten, auch noch bei anderen thätig sind, daß sie statistische Arbeiten zu machen haben und daß daher ihre Gehalte nicht gestrichen werden können.

Hofrat Malz sucht das Erforderniß des Zentralanzeigers zu rechtfertigen. Es sei nicht Schuld des Handelsministeriums, wenn der Anzeiger nicht größere Verbreitung habe. Unter den angeführten Kosten seien übrigens nur die Redaktionskosten verstanden.

Abg. Herbst entgegnet, wenn dieß nur Redaktionskosten sind, so zeige dieß nur, daß die Auslagen und das Defizit um so größer sei.

Hofrat Malz bemerkt, daß Handelsministerium verfüge nicht über eine Druckerei und habe sich deshalb um Druck und Papier an das Staatsministerium gewendet, welches diese aus dem Fonde der offiziellen Zeitungen trage.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters wird der Ausschusstantrag angenommen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Ausland.

Bern, 24. April. Die Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollvereine sind dem Ende nahe. Die Redaktionsentwürfe des Hauptvertrags wie der verschiedenen Nebenverträge sind, mit Auschluß eines einzigen Punktes, berathen und genehmigt. Die Paraphirung hat sich wegen der von Seiten eines Staates erhobenen Anstände bezüglich des Niederlassungsvertrages verzögert und könnte dies möglicher Weise eine Verzögerung der Konferenz herbeiführen.

Nizza, 24. April. Der Leichnam des Großfürsten-Thronfolgers wird Freitag auf einem russischen Kriegsschiffe eingeschiff, um nach Kronstadt geführt zu werden. Die kaiserliche Familie wird Samstag nach Deutschland abreisen.

Paris. Der Besuch des Kaisers in der afrikanischen Kolonie gibt zu allerlei Kombinationen und Wuthmässungen Anlaß. Bekanntlich wird Abd-el-Kader zugleich mit dem Kaiser in der Kolonie sein. Es geht das Gerücht, daß es sich darum handle, dem Ex-Emir die politische Macht wiederzugeben, welche man ihm nur auf Kosten eines 10jährigen Krieges genommen hat. Man spricht davon, daß Algier in zwei Zonen getheilt werden solle, in die französische Zone, welche aus dem Littoral und dem Tell bestehen würde, und die arabische Zone, welche aus dem ganzen Rest des Territoriums der Kolonie bestehen und das algerische Königreich bilden würde. Das würde so viel heißen, als daß zwei Drittel der Kolonie aufhören würden, französische Besitzung zu sein, und den Arabern zurückgegeben würden. Der Vater aller dieser höchst gewagten Kombinationen ist eigentlich Herr Emil de Girardin, welcher neulich in „La Presse“, in einem Artikel: l'Algérie aux Algériens, zuerst den Gedanken aussprach, es sei am besten, wenn die Franzosen, eben so wie die Engländer auf die ionischen Inseln, auf die afrikanische Kolonie verzichten, welche so viel gekostet und so wenig eingebracht hätte.

Auf das neue mexikanische Ansehen wurde die Subskription am 22. eröffnet. Der Andrang vor den Bureaux des Comptoir d'Escompte in der Rue Bergère in Paris war ein sehr beträchtlicher. An der Börse glaubte man sicher zu sein, daß das Ansehen überzeichnet sein werde, was allerdings ein in der letzten Zeit beispieloser Erfolg wäre, und man mache sich bereits auf eine in Folge dieses Zuspruches eintretende Vaisse für die nächste Woche gefaßt.

Bon allen Seiten wird gegen die Finanzoperation des jungen Kaiserreiches losgezogen; sie sei für Mexiko ein Ruin, der gewährte Zins sei Wucher u. s. w. Daß aber hiermit eingestanden wird, die Theilnehmer dieser Operation machen ein gutes Geschäft, ist die Reversseite der Kritik, und es findet dieses praktische Urtheil seinen Ausspruch in der Bedeckung des gesamten Anleihens schon am ersten Tage der Subskription. Samstag Früh wurde die Anmeldung begonnen, Samstag Abend schloß man sie, und nach telegraphischen Depeschen sind nahe 1 Milliarde subskribirt.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 27. April.

Se. Exzellenz der Herr Statthalter ist gestern nach Innerkrain abgereist.

— Heute Nachmittag, 5 Uhr, findet eine Sitzung des Gemeinderathes statt. Auf der Tagesordnung steht: Mittheilungen des Vorsitzenden und allfällige Interpellationen; Vortrag des Stadtmastrates wegen Ausschreibung der Gemeinderathswahlen; Vortrag der Schulsektion wegen fruchtbringender Anlegung einiger dem kainischen Invalidenstiftungsfonde gehörigen Geldbeiträge; Vorträge der Bau- und der Häusersektion: a) wegen den neuen Pflasterungen, b) wegen des Altkordes rücksichtlich der nothwendigen Pflastersteine; c) wegen Besetzung der Stelle eines städtischen Zimmermanns, d) Kollaudirungs-Operat über die geschehene Dolomit-schotter-Lieferung pro 1864, e) wegen Genehmigung eines technischen Diurnisten. — Hierauf folgt eine geheime Sitzung.

— Am 23. d. M. Nachts wurden die Bauernburschen J. und S. aus Igglack und der Häusler J. S. vom Moraste, bei der Karlstädter Brücke in Hühnerdorf, ohne allen Anlaß von exzidirenden unbekannten Burschen mißhandelt und letzterer über die mehrere Klafter hohe Parapet-Mauer in den Gruber-schen Kanal hinabgeworfen, glücklicher Weise erlitt er durch diesen Fall nur leichte Verletzungen. Als die hier Schuldigen wurden einige bekannte hiesigen Exzidenten erforscht und der gerichtlichen Untersuchung zugeführt.

— Nach den über den Typhus im Bezirke St. Paul in Kärnten eingelaufenen amtlichen Nachrichten sind die sowohl im Markte St. Paul, als auch in einigen andern Gemeinden vorkommenden Erkrankungen größtentheils latarrhalischer Natur und gehen nur selten in den typhösen Charakter über. Hieron ist nur die Stiftsmeierei ausgenommen, in welcher sowohl zahlreichere Kranke, als auch häufigere Übergänge in den Typhus, so wie mehrere Todesfälle vorgekommen sind. Obwohl diese Berichte viel günstiger und beruhigender lauten, als die bisher verbreiteten Gerüchte, so hat man sich, wie die „Akg. Btg.“ schreibt, maßgebenden Orts mit denselben doch nicht begnügt, sondern eine nochmalige genauere Erhebung und Aufnahme des Krankenstandes und die energische Durchführung der durch die Umstände gebotenen sanitätspolizeilichen Maßregeln angeordnet.

— Der Senior der P. P. Kapuziner in Steiermark, der Jubelpriester P. Michael Padgornik, ist im Kapuzinerkloster zu Schwamberg am 8. d. M. gestorben. Er war 1781 zu Görz geboren und war seit 1810 Priester dieses Ordens.

— Am 22. d. M. Nachmittags wurden in Leoben Peter Kreutner und Maria Reitbauer wegen Meuchelmordes zum Tode verurtheilt. Die Hinrichtung fand Montag um 7 Uhr Früh statt.

Wiener Nachrichten.

Wien, 26. April.

Der österreichisch-preußische Handelsvertrag hat, nach der „Pr.“, am 20. d. die kaiserl. Genehmigung erhalten. Nach der getroffenen Vereinbarung muß der Vertrag bis 22. Mai ratifiziert sein, um in Kraft und Geltung zu treten.

— Ueber die Verhaftung des Raubmörders Bieringer berichten die Wierer Blätter: In Fischamend nächst Schwechat wurde gestern spät Abends ein Individuum aufgegriffen, bei welchem sich eine Anzahl der aus dem Gewölbe des Trödler Herrn Obrist geraubten Waaren vorgefunden hat. Auf die sofort nach Wien ergangene Meldung begab sich von hier sogleich eine aus vier Polizeikommissären bestehende Kommission nach Fischamend, und es war auch der Trödler Herr Obrist aufgefordert worden, sich der Kommission anzuschließen. Der Letztere erkannte die vorgefundenen Goldwaaren sofort als diejenigen, welche ihm geraubt worden waren. Der Verhaftete wurde nun sogleich in Eisen gelegt und unter Eskorte zweier Gendarmen und eines Polizeiwachmannes nach Wien überführt, während die Kommission mit Herrn Obrist in einem andern Wagen folgte. Die Nachricht von der Verhaftung hatte sich in der Umgebung von Fischamend mit Blitze schnelle verbreitet, und schon als der Verhaftete den Wagen bestieg, war eine Menge Menschen anwesend, von denen viele zu Fuße dem Wagen bis nach Wien folgten. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags gelangte der des Mordes Verdächtige an die Elisabethbrücke nächst dem Naschmarkte. Ein Reisesack, in welchem sich die geraubten Goldgegenstände befanden, lag auf dem Wagen neben ihm. Da Herr Obrist, der in dem Fächer der Kommissäre mitfuhr, an jener Stelle ausstieg, um sich nach seiner Wohnung zu begeben, entstand ein kurzer Aufenthalt, welcher hinzehrte, daß sich sofort Tausende von Menschen ver-

sammelten, von denen Biele in laute Verwünschungen gegen den Gefangenen ausbrachen. Die Passage stockte gänzlich, so daß reitende Polizeiwachmänner Mühe hatten, wieder den Raum für die Wagen frei zu machen. Die letzteren fuhren dann im schärfsten Trabe über die Lastenstraße nach dem Kriminalgebäude, wo hin das Volk massenhaft nachströmte. Der Verhaftete ist ein mittelgroßer, aber sehr kräftig aussehender Mann. Er trug einen dunkelbraunen Rock und eine gleichfarbige Weste, nebst einem kleinen runden Hut und hat einen schwarzen Schnurbart. Dieses Aussehen paßt zwar nicht auf die Personbeschreibung des vermeintlichen Thäters, allein die bei ihm vorgefundenen Goldwaaren sprechen dafür, daß er nach dem grauenhaften Ereignisse nahe betheiligt gewesen sein dürfte. Sein Gesichtsausdruck, so wie sein ganzes Benehmen während des kurzen Aufenthaltes nächst der Elisabethbrücke, erschien sehr fek und trostig. Auch seine Geliebte wurde bereits eruiert und verhaftet.

— Herr Barandarian, bisheriger mexikanischer

Gesandter in Turin, ist, wie die „Italie“ meldet, bestimmt, Herrn Murphy in Wien zu ersezten. Ueber die Abberufung Murphy's läßt sich die „Agr. Btg.“ aus Wien schreiben, dieselbe habe nicht den geringsten politischen Grund. „Herr Murphy“, fährt das Blatt fort, hat in seinen früheren diplomatischen Stellungen von der Regierung der mexikanischen Republik 18 Jahre hindurch keinen Heller Gehalt bekommen; dadurch ist nicht nur sein Privatvermögen gänzlich aufgezehrt worden, sondern er war auch bemüht, besonders während seines längeren Aufenthaltes in Brüssel, für ihn in seinen fühlbaren Verhältnissen Schulden zu kontrahieren. Diese verfolgten ihn bis Wien. Auch hier hatte er neue Schulden kontrahiert; die Einrichtung seiner Wohnung allein kostete sehr viel. Durch das Drängen der Gläubiger aus Brüssel ward sein Kredit untergraben und wurde seine Stellung geradezu unmöglich. Obgleich zum Staatsrathe ernannt, gedenkt er doch nicht in sein Vaterland zurückzukehren, sondern hofft von der Gnade des Kaisers Maximilian, daß ihm eine solche Pension bewilligt werde, welche ihn in die Lage versetzt, in Europa zurückgezogen, aber anständig leben zu können. — Was seine Schulden anbetrifft, so erfahren wir, daß wohl alle gezahlt werden dürfen; jedenfalls sollen die in Wien kontrahirten durch die mexikanische Regierung gedeckt werden. — Einer Mittheilung der „France“ zufolge ist Herr Uraga zum Nachfolger des Herrn Barandarian am Hofe zu Turin ausgesetzt.

Vermischte Nachrichten.

Aus dem Leben der kürzlich in Berlin verstorbenen Schauspielerin Erelinger wird folgende Episode erzählt: Noch hatte sie nicht die höchste Stufe erreicht, als ein erschütterndes Ereigniß ihr die Weihe der tragischen Kunst ertheilte und sie zur Vollendung unter tiefen, schmerzlichen Kämpfen führte. Im Jahre 1817 heiratete sie den Hoffschauspieler Stich, welcher zu seiner Zeit für den besten „Marinelli“ galt. Ein unglücklicher Hang desselben zur Eifersucht trübte die sonst glückliche Ehe, welche durch die Geburt von zwei Töchtern und einem Sohn gesegnet war. Natürlich fehlte es der schönen Frau und berühmten Künstlerin nicht an Freunden und Verehrern, welche ihren Neizen und ihrem Talente huldigten. Unter diesen zeichnete sich besonders Graf Blücher, ein junger, unternehmender Offizier aus. Seine Aufmerksamkeiten für die schöne Frau erregten in so hohem Grade die Eifersucht des Gatten, daß dieser eines Abends, nachdem er im Theater beschäftigt gewesen war, nicht das Ende der Vorstellung abwartete, sondern plötzlich in seine Wohnung zurückkehrte. Seine Ahnungen hatten ihn nicht getäuscht, er fand den Grafen in der Gesellschaft seiner Frau; der gereizte Mann sprach sich missbilligend und wohl auch beleidigend über den verdächtigen Besuch aus. Ein heftiger Streit zwischen beiden war die Folge. Von Worten kam es zu Thätschelheiten und Blücher verwundete mit seinem Dolch, den er bei sich trug, den unglücklichen Schauspieler lebensgefährlich. Die Wunden desselben wurden zwar geheilt, aber demungeachtet starb Stich einige Monate später im Falle eines sich entwickelnden Zahrsiebers. Ungeheuer war das Aufsehen, welches diese traurige Katastrophe, nach dem Bericht von Augenzeugen, in Berlin hervorrief. Das Publikum, ohne Schuld oder Unschuld der Künstlerin genügend zu prüfen, ließ sich von dem ersten Eindruck hinreissen und nahm in einer Weise gegen sie Partei, daß sie sich genöthigt sah, sich einige Zeit von der Bühne fern zu halten, bis sich die leidenschaftliche Stimmung abgefüllt. Als sie endlich wieder auftrat, war sie eine andere geworden. Sie schien gewachsen, größer geworden zu sein, und indem sie die tragischen Gewalten des Lebens, die Macht des Schicksals an sich selbst kennen gelernt und erprobt hatte, war sie zur eigentlichen Tragödie jetzt gereift. Was sie als Frau an ihrem Lebensglück eingebüßt, hatte sie als Künstlerin durch die

Weihe des Schmerzes gewonnen. Von diesem Moment datirt ihr unbestrittener Ruhm.

— Als der „Richmond Whig“ am 4. d. M. in neuer Serie wieder zum ersten Male erschien, fand sich in der „Fashionable Intelligence“ ein Paragraph: „Angelomene Notabilitäten, 3. April: General Grant und Stab und die Potomac-Armee überhaupt.“

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

New-York, 15. April. Präsident Lincoln wurde gestern in seiner Theaterloge erschossen, ist heute tot; Sekretär Seward und Sohn wurden in dem Krankenzimmer des Ertern verwundet; der Sohn ist tot, Seward sterbend. Die Mörder, zwei Brüder Booth, sind in Baltimore gefangen worden.

Bukowar, 25. April, 5 Uhr Nachmittags. (Agr. Btg.) Mittags wütete in unserer Stadt ein großer Brand; acht Häuser sind vernichtet, ein Kind wurde glücklich aus den Flammen gerettet.

Berlin, 25. April. (Fdbt.) Prinz Adalbert begibt sich an der Spitze mehrerer hoher Stabs- und Marineoffiziere nach Kiel, um die dortigen Hafenverhältnisse in Augenschein zu nehmen. Bekanntlich stammt aus der Feder des Prinzen eine Schrift über den Kieler Hafen, in welcher dessen Unzufriedenheit für einen Kriegshafen nachgewiesen wird. (Vielleicht wird sich Prinz Adalbert nochmals davon überzeugen, daß der Hafen für einen Kriegshafen ungeeignet sei, und der preußischen Regierung auf diese Weise sich ein Mittel zum Aufgeben ihres Plans bieten. Ann. der Ned.)

Berlin, 25. April. Die heutige „Nordd. Allg. Btg.“ bestätigt die Nachricht, Preußen habe die Berufung der Volksvertretung der Herzogthümer beantragt, entweder nach dem 48er oder einem zwischen den deutschen Großmächten auf breitestem Basis zu vereinbarenden Wahlgesetze. Zunächst seien die Finanzverhältnisse zu diskutieren, und zwar in Betreff der Kriegskosten, Pensionen aus dem früheren und letzten Kriege, die Entschädigungssumme für verschiedene Prätendenten, der Auerleutuiß der Staatsgläubiger vom ersten Kriege, der Rückzahlung der Augustenburg'schen Abfindungssumme nach Kopenhagen &c. — Preußen werde die Aufnahme Schleswigs in den Bund nie zulassen, so lange partikularistische Bestrebungen kein Aequivalent für die gemehrten Dienste zum Schutz des geinehrten Bundeslandes geben. Schleswig müßte sich daher allein vertheidigen. Die preußische Politik scheue keine Besprechung, sondern fordere sie, um die Herzogthümer zu überzeugen, daß der Vorwurf der Selbstsucht ungerechtfertigt sei.

Paris, 25. April. (Pr.) Der Kaiser beabsichtigt, aus Algier einen Vasallenstaat unter der Leitung Abd-el-Kader's zu machen, während Mac Mahon darauf bestehet, daß aus Algier ein Militärstaat gemacht werden müsse.

Paris, 25. April. Gestern um 3 Uhr Nachmittags fand sich ein Individuum fremder Nationalität bei der russischen Botschaft ein und verlangte den Sekretär des Botschafters zu sprechen. Kaum war dieser eingetreten, als man einen starken Lärm hörte und den Secretär von fünf Dolchstichen durchbohrt in seinem Blute schwimmend fand. Der Thäter wurde, nachdem er noch zwei Personen verwundet hatte, in Folge des entstandenen Lärmes festgehalten. Der Sekretär ist gestorben.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 26. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 40 Wagen und 8 Schiffe (60 Klafter) mit Holz, und 129 Mezen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. — (Magazins-Preis fl. 3.81); Korn fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.50); Gerste fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.30); Hafer fl. — (Mgz. Pr. fl. 1.77); Halbfrucht fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.63); Heiden fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.77); Hirse fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.62); Kukuruz fl. — (Mgz. Pr. fl. 2.75); Linsen fl. 4.— (Mgz. Pr. fl. —); Erdäpfel fl. 1.80 (Mgz. Pr. fl. —); Fisolen fl. 3.75 (Mgz. Pr. fl. —); Rindsschmalz pr. Pfund fl. 55, Schweineschmalz kr. 42; Butter kr. 55; Eier pr. Stück kr. 1½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 19—21; Kalbfleisch kr. 20; Schweinefleisch kr. 23; Schöpfsfleisch kr. —; Hähnchen pr. Stück kr. 33; Tauben kr. 15; Huhn pr. Stück kr. 85 bis fl. 1.10; Stroh kr. 65—75; Holz, hartes 30', pr. Klaft. fl. 8.—; detto weiches fl. 5.60; Wein (Mgz. Pr.) rother pr. Eimer von 11 bis 15 fl., weißer von 12 bis 16 fl. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)